

MEDIENINFORMATION

Heusenstamm, 19.10.2026

Rettungswache für Heusenstamm: Stadt will Räume in der Eisenbahnstraße bereitstellen

Stadtverordnetenversammlung soll am 4. November 2026
Grundsatzbeschluss fassen | Ziel ist eine schnellere Notfallversorgung im
Stadtgebiet

Heusenstamm soll eine eigene, rund um die Uhr besetzte Rettungswache erhalten. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung dazu einen Grundsatzbeschluss vorgelegt, nach dem die Stadt dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach (ERD) Räume im städtischen Gebäude Eisenbahnstraße 11 langfristig zur Verfügung stellen will. Die Vorlage wird am 21. Oktober im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss und am 28. Oktober im Haupt- und Finanzausschuss beraten; die abschließende Entscheidung trifft die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. November 2026.

Vorgesehen ist, die seit Ende 2025 leerstehende Fläche im Erdgeschoss, die zuvor von der Deutschen Post genutzt wurde, zu einer Rettungswache umzubauen. Geplant sind Ruhe- und Nebenräume für das Personal sowie eine Überdachung für voraussichtlich zwei Rettungswagen im Hof. Einen ersten Planentwurf hatte der Eigenbetrieb Rettungsdienst im Sommer vorgelegt, nachdem Bürgermeister Steffen Ball und Landrat Oliver Quilling das Vorhaben gemeinsam angestoßen hatten.

Hintergrund ist die Versorgungslage im Stadtgebiet. Heusenstamm verfügt bislang über keinen eigenen Rettungswachenstandort und wird überwiegend von der Wache in Obertshausen, in Teilen auch von Dietzenbach und Neu-Isenburg aus angefahren. Das Hessische Rettungsdienstgesetz sieht vor, dass Notfallorte in der Regel innerhalb von zehn Minuten nach Eingang des Notrufs erreicht werden; als erfüllt gilt diese Vorgabe, wenn das in mindestens 90 Prozent der Fälle gelingt. Kreisweit lag dieser Wert im Jahr 2025 bei 85,5 Prozent, in Heusenstamm dagegen nach Angaben des Kreises bei 73,3 Prozent. Rund jeder vierte Notfall im Stadtgebiet wird damit nicht innerhalb der gesetzlichen Frist erreicht. Gleichzeitig ist der Bedarf deutlich gestiegen: Im vergangenen Jahr rückte der Rettungsdienst rund 2.500 Mal nach Heusenstamm aus, etwa 1.200 dieser Einsätze waren zeitkritische Notfälle mit Sondersignal. Gegenüber 2019 entspricht das einem Anstieg von rund 30 Prozent.

„Bei einem Herzstillstand, einem Schlaganfall oder einem schweren Unfall zählt jede Minute. Wenn heute jeder vierte Notfall in Heusenstamm nicht in der vorgesehenen Zeit erreicht wird, dann müssen wir handeln, auch wenn der Rettungsdienst nicht unsere originäre Aufgabe ist“, sagt Bürgermeister Steffen Ball. „Wir können keine Rettungswache betreiben, aber wir können das tun, was in unserer

Magistrat der Stadt Heusenstamm

Im Herrngarten 1
63150 Heusenstamm
heusenstamm.de, kinder-heusenstamm.de,
bad-heusenstamm.de, vhs-heusenstamm.de

Kommunikation
Regine Dinkelborg
Telefon 06104 607-1007
presse@heusenstamm.de



Hand liegt: ein geeignetes Gebäude bereitstellen, es herrichten und den Standort absichern. Eine Wache mitten in der Stadt verkürzt die Anfahrtswege, sie hilft, wenn mehrere Einsätze gleichzeitig laufen, und sie entlastet das gesamte Rettungsnetz in der Region.“

Der Standort bietet aus Sicht des Bürgermeisters mehrere Vorteile. Das Gebäude gehört bereits der Stadt, sodass kein Grundstück erworben werden muss. Die Nutzung eines Bestandsgebäudes spart gegenüber einem Neubau Zeit und Kosten, und die Lage ermöglicht kurze Wege in alle Stadtteile. Zudem ist der Ortsverein Heusenstamm des Deutschen Roten Kreuzes bereits in der Eisenbahnstraße 11 ansässig, was die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt erleichtert.

Finanziert werden soll der Umbau über eine sogenannte Investitionsmiete. Die Stadt übernimmt als Bauherrin die Herrichtung der Räume und die Fahrzeugüberdachung, die Kosten werden nach aktueller Schätzung zwischen 300.000 und 500.000 Euro liegen und sollen aus Mitteln des Sondervermögens des Bundes für Infrastruktur getragen werden. Über die Miete, die der Kreis beziehungsweise der Eigenbetrieb zahlt, fließen diese Investitionen während der Vertragslaufzeit vollständig an die Stadt zurück. Ziel ist, dass das Vorhaben für den städtischen Haushalt ergebnisneutral bleibt. Der laufende Betrieb mit Personal, Fahrzeugen und Ausstattung liegt weiterhin beim Kreis als Träger des Rettungsdienstes.

Mit dem Grundsatzbeschluss soll der Magistrat beauftragt werden, gemeinsam mit dem Kreis die weitere Planung voranzutreiben und den Mietvertrag auszuhandeln. Parallel sollen bereits vorbereitende Schritte wie die Entwurfsplanung, das Brandschutzkonzept und die Abstimmung mit der Bauaufsicht beginnen. Mietvertrag und Ausführungsplanung werden der Stadtverordnetenversammlung anschließend erneut zur Entscheidung vorgelegt.

4224 Zeichen (mit Leerzeichen)